

Marc Helbling

Islamophobie in Westeuropa:
Angst vor Muslimen oder Fundamentalisten?

BLUMENBERG-VORLESUNGEN

Band 6

Marc Helbling

Islamophobie in Westeuropa: Angst vor Muslimen oder Fundamentalisten?

Übersetzung der englischen Beiträge
durch Ulrich Ruh

HERDER The logo for Herder's 450th anniversary, featuring a stylized '4' and '5' intertwined.

FREIBURG · BASEL · WIEN



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2023

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Umschlagkonzeption: Verlag Herder

Satz: Barbara Herrmann, Freiburg

Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-451-39910-7

ISBN E-Book (PDF) 978-3-451-83910-8

Inhalt

Vorwort	9
-------------------	---

Islamophobie in Westeuropa:
Angst vor Muslim*innen oder Fundamentalist*innen?
Marc Helbling

Einführung	10
Islamophobe Einstellungen	16
Die Rolle von Religiosität	18
Das erste Umfrageexperiment	23
Ethnizität, Religion oder Religiosität?	28
Konservative und liberale Ansichten	30
Erste Schlussfolgerungen	35
Vergleiche über Länder und weitere Ergänzungen	39
Das zweite Umfrageexperiment	41
Ergebnisse	44
Zweite Schlussfolgerungen	49
Bibliographie	51

Widerstand gegen Muslim*innen und das muslimische
Kopftuch in Westeuropa

Marc Helbling

Einleitung	62
Islamophobie und Xenophobie	67
Islamophobie und liberale Werte	69
Islamophobie und Religiosität	71
Islamophobie und das Verhältnis von Staat und Kirche	73
Hypothesen, Operationalisierung und Daten	75
Einfluss von Xenophobie, Religiosität und liberalen Werten	83
Einfluss des Verhältnisses von Staat und Kirche	85
Abschließende Überlegungen	87
Bibliographie	89

Wie staatliche Unterstützung von Religion die Einstellungen
gegenüber muslimischen Einwander*innen prägt

Marc Helbling und Richard Traunmüller

Einleitung	96
Theorie: Kulturelle Bedrohung und die Erklärung von Einstellungen gegenüber Einwander*innen	102
Institutionen des öffentlichen Lebens und kollektive Identitäten sind bei weitem nicht säkular	105
Die Staat-Kirche-Beziehungen als Grade der Regulierung konzeptionalisieren	108
Wie die Aufnahme Regelungen für religiöse Angelegenheiten verändert und die Verhaltensweisen von Bürger*innen prägt	109

Korrektur und Erweiterung von Vorhersagen bezüglich der Beziehung zwischen religions- bezogenen Regelungen und den Rechten religiöser Minderheiten	111
Daten und Methoden: Ein subnationaler Vergleich des Falls Schweiz	115
Die staatliche Unterstützung von Religion messen .	117
Ergebnisse	122
Robustheit der Ergebnisse und weitere Analysen .	124
Validität des <i>Religious Support Index</i>	124
Alternative Erklärungsfaktoren	126
Abschließende Überlegungen	127
Bibliographie	131

Rückschlag durch politische Entscheidungen:

Wie Bürger*innen auf das Demonstrationsrecht von
Einwander*innen reagieren

Richard Traunmüller und Marc Helbling

Einleitung	142
Wie beeinflusst die Integrationspolitik die Haltung gegenüber Einwander*innen?	147
Rückschlag bei politischen Entscheidungen	150
Hypothesen	153
Daten und Methoden	155
Design des Experiments	156
Ergebnisse: Wie die Reaktionen der Bürger*innen die Auswirkung von Politik auf Empfindungen im Gleichgewicht halten	160
Sind muslimische Einwander*innen stärker vom Rückschlag betroffen?	162

Inhalt

Wie die Reaktionen der Bürger*innen auf die Auswirkungen politischer Maßnahmen die Empfindungen mäßigen	164
Schlussfolgerung	167
Bibliographie	169

Vorwort

Islamophobie ist in politischen und gesellschaftlichen Debatten allgegenwärtig und dennoch bleibt unklar, was sie genau abbildet. Ist es ein anderer Begriff für Fremdenfeindlichkeit, weil muslimische Migrant*innen eine der größten Einwanderungsgruppen darstellen? Geht es um die Angst vor einer anderen Religion, wie der Begriff an sich suggeriert? Oder geht es vielmehr um eine Ablehnung des Religiösen? Denn mit dem Anstieg muslimischer Migration haben auch die Debatten um die Bedeutung der Religion in westlichen Gesellschaften zugenommen. Diese Fragen wurden im Rahmen der Hans-Blumenberg Vorlesungen am 9. Juni 2021 an der Universität Münster erörtert. Der Vortrag basiert auf dem ersten Kapitel in diesem Buch. Die weiteren Kapitel nehmen diese Themen ebenfalls auf und gehen auf weitere Faktoren ein, die uns helfen, Einstellungen gegenüber muslimischen Migrant*innen zu verstehen. Dabei sollen Einstellungen gegenüber religiösen Rechten, wie z. B. das Tragen des Kopftuchs, oder die Möglichkeit, für die eigenen religiösen Rechte zu demonstrieren, ins Zentrum gerückt und die Rolle von Kirchen-Staat-Beziehungen oder politische Entscheidungen beleuchtet werden.

Islamophobie in Westeuropa: Angst vor Muslim*innen oder Fundamentalist*innen?

Marc Helbling

Einführung¹

Was die Bürger*innen über muslimische Zugewanderte denken, ist von großer Bedeutung für die drängenden Herausforderungen, vor denen westliche Demokratien stehen: die Sorge um den sozialen Zusammenhalt (Kalkan et al. 2009), die Akzeptanz asylpolitischer Regelungen (Bansak et al. 2016) und die politische Reaktion auf Terrorismus (Sides und Gross 2013). In der bisherigen wissenschaftlichen Diskussion wird die Einstellung der Bürger*innen gegenüber muslimischen Eingewanderten jedoch auf der Grundlage eines allgemeinen Verständnisses von einwanderungsfeindlichen Stimmungen

1 Dieser Text basiert auf folgenden Publikationen: Marc Helbling und Richard Traunmüller (2020): „What is Islamophobia? Disentangling Citizens’ Feelings Towards Ethnicity, Religion and Religiosity Using a Survey Experiment“, *British Journal of Political Science* 50(3): 811–828 und Marc Helbling, Felix Jäger und Richard Traunmüller (2022): „Muslim Bias or Fear of Fundamentalism? A Survey Experiment in Five Western European Countries.“ *Research & Politics* April-June. Gewisse technische Ausführungen und Tabellen zu den Analysen wurden weggelassen und können in den beiden Publikationen nachgelesen werden.

behandelt. Diese allgemeine Sichtweise erfasst jedoch nicht die Besonderheit der Einstellung der Bürger*innen gegenüber muslimischen Eingewanderten, deren Religiosität oft als Gefahr für westliche liberale Werte, Säkularismus und Demokratie angesehen wird.

Hier wird die These vertreten, dass die weitverbreiteten Vorbehalte gegen muslimische Eingewanderte in erster Linie auf eine Ablehnung fundamentalistischer Formen der Religiosität zurückzuführen sind. Dieser Gedanke ist zwar in der politischen Theorie mehrfach geäußert worden (Cesari 2010, Nussbaum 2012, Joppke 2015), wurde aber empirisch nicht angemessen berücksichtigt. Stattdessen wird in der empirischen Literatur zur „Islamophobie“² einfach davon ausgegangen, dass muslimische Eingewanderte religiöser sind als die Mehrheitsbevölkerung und, was noch wichtiger ist, dass sie auch von den Bürger*innen westlicher Demokratien als solche wahrgenommen werden (Brubaker 2013).

Um die Ansichten der Bürger*innen über muslimische Zuwandernde besser zu verstehen, müssen wir ihre Einstellungen mit denen anderer religiöser Gruppen vergleichen und – was am wichtigsten ist – die nominale Religion (d. h. muslimisch vs. christlich) von der tatsächlichen Art der Religiosität (d. h. religiös, radikal oder einfach nicht praktizie-

2 „Islamophobie“ kann definiert werden als „wahllose negative Einstellungen oder Emotionen gegenüber dem Islam oder den Angehörigen muslimischen Glaubens (Bleich 2011: 1581). Diese Definition macht deutlich, dass unter Islamophobie keine rationale Kritik oder Ablehnung des Islams oder muslimischer Haltungen verstehen werden soll. Wir stimmen mit Bleich (2011: 1586) überein, dass es sich vielmehr um eine unausgewogene, negative und emotionale Bewertung handelt. Die Frage, die wir uns hier stellen, ist, inwieweit sich diese Bewertung ändert, je nachdem, welche Art von „Angehörigen muslimischen Glaubens“ bewertet wird.

rend) trennen. Während einige (experimentelle) Erhebungsstudien zwischen christlichen und muslimischen religiösen Praktiken (Strabac et al. 2014, Carol et al. 2015, Wright et al. 2016) oder zwischen Eingewanderten im Allgemeinen und muslimischen Eingewanderten im Besonderen (Strabac und Listhaug 2008, Helbling 2010) unterscheiden, halten andere die ethnische Zugehörigkeit, das Herkunftsland oder den Eingewanderten-Status konstant, um christliche Personen und Angehörige muslimischen Glaubens gegenüberzustellen (Adida et al. 2013, 2014, 2016, Creighton und Jamal 2015). Alle diese Studien kommen zu dem Schluss, dass christliche Personen gegenüber Angehörigen muslimischen Glaubens bevorzugt werden, und bestätigen damit, was in der Literatur über die Einstellung von Zuwandernden im Allgemeinen dargelegt wurde, nämlich dass kulturelle Distanz einen Einfluss darauf hat, wie Eingewanderte wahrgenommen werden (z. B. Hagendoorn 1995, Heath und Cheung 2007, Hainmueller und Hopkins 2014). All diese Studien schweigen jedoch über antireligiöse Gefühle, da der Grad der Religiosität nicht berücksichtigt wird und nur Einstellungen gegenüber Personen betrachtet werden, die sowohl eingewandert sind als auch einer bestimmten Religion angehören. Eine Ausnahme ist Wright et al. (2017), die zwischen muslimischen Frauen, die ein Kopftuch oder eine Burka tragen, unterscheiden. Es ist jedoch nicht klar, inwieweit das Kopftuch und die Burka unterschiedliche Grade der Religiosität widerspiegeln, und in jedem Fall handelt es sich nur um einen spezifischen Aspekt der Religiosität.

Um diese Einschränkung zu überwinden und unser Verständnis darüber zu verbessern, was „Islamophobie“ wirklich ist – d. h., ob es sich um eine Abneigung handelt, die auf dem ethnischen Hintergrund von eingewanderten Personen, ihrer religiösen Identität oder ihrem spezifischen reli-

giösen Verhalten beruht –, haben wir ein repräsentatives Online-Umfrageexperiment in Großbritannien durchgeführt. Das experimentelle Design basiert auf einer faktoriellen Analyse, die den ethnischen Hintergrund einer fiktiven Gruppe Personen aus Nigeria, Bulgarien oder aus Großbritannien), ihre religiöse Identität (Angehörige muslimischen oder christlichen Glaubens) und ihr religiöses Verhalten (nicht praktizierend, religiös oder radikal) verändert. Dies versetzt uns in die einzigartige Lage, die Rolle der traditionellen Religiosität von der ethnischen Zugehörigkeit oder dem Einwanderungsstatus einerseits und der nominalen religiösen Zugehörigkeit andererseits zu entkoppeln.

Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass Angehörige muslimischen Glaubens im Allgemeinen nicht negativer beurteilt werden als christliche Eingewanderte aus Bulgarien und Nigeria. Interessanter ist, dass das tatsächliche religiöse Verhalten eindeutig ein entscheidenderer Faktor ist als die religiöse Identität oder der ethnische Hintergrund. Die bei weitem negativsten Einstellungen werden gegenüber religiösen Anhänger*innen des Fundamentalismus geäußert. Dieser Effekt ist zwar bei Angehörigen muslimischen Glaubens stärker ausgeprägt als bei christlichen Personen, aber christliche Anhänger*innen des Fundamentalismus werden eindeutig stärker abgelehnt als der durchschnittlich praktizierende Mensch muslimischen Glaubens. Wir kommen zum Schluss, dass die Besorgnis über die muslimische Einwanderung weniger mit Eingewanderten oder religiösen Gruppen an sich zu tun hat als vielmehr mit extremen Formen der Religiosität.

Diese Erkenntnis hat wichtige Auswirkungen auf unser Verständnis der aktuellen Herausforderungen der muslimischen Einwanderung. Eine dieser Implikationen ist, dass allzu vereinfachende Erklärungen für einwanderungsfeindliche Stimmungen und einfache Dichotomien zwischen libera-

len Befürwortenden und konservativen Kritisierenden der muslimischen Einwanderung nicht funktionieren. Es ist zwar gut dokumentiert, dass Menschen mit liberalen Werten eine positivere Einstellung gegenüber Eingewanderten haben (Sniderman und Hagendoorn 2007: 104, Flanagan und Lee 2003: 267), doch wurde zumindest für die USA gezeigt, dass sie im Allgemeinen auch christlichen, traditionellen Formen der Religiosität sehr kritisch gegenüberstehen (Yancey 2010, Bolce und de Maio 1999a). Es kann also argumentiert werden, dass Liberale zwar offener für Veränderungen sind und sich weniger um kollektive Gruppen kümmern, dass sie aber die traditionelle Religion und insbesondere den Islam als Bedrohung für liberale Werte ansehen und daher religiöse Gruppen ablehnen – und zwar stärker als ihre konservativen Gegenstücke.

Diese „Intoleranz der Toleranten“ ist genau das, was wir in unseren Daten finden. Während Konservative eine eher negative Einstellung gegenüber Eingewanderten haben und christliche gegenüber muslimischen Eingewanderten bevorzugen, haben Liberale im Allgemeinen eine positivere Einstellung gegenüber Eingewanderten. Aber sie haben auch eine ausgeprägte Abneigung gegen religiöse Gruppen, unabhängig von ihrer nominalen Glaubenstradition. Konservative und religiöse Einheimische hingegen haben eine positivere Einstellung zu religiösen Eingewanderten als liberal-säkulare Einheimische. Dennoch sind traditionelle, konservative und religiöse Werte mit einer eher negativen Einstellung gegenüber Eingewanderten verbunden.

Unsere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass ein großer Teil der Kontroverse über die muslimische Einwanderung darauf zurückzuführen ist, dass die muslimischen Eingewanderten einer doppelten Opposition ausgesetzt sind. Sie werden nicht nur als Migrant*innen abgelehnt, sondern auch wegen ihrer

Religiosität. Mit anderen Worten: Verschiedene Gruppenmerkmale muslimischer Eingewanderter sind für verschiedene Menschen in unterschiedlichem Maße von Bedeutung, summieren sich aber zu einer allgemeinen Ablehnung.

Diese Ausführungen tragen zu dem in letzter Zeit zunehmenden wissenschaftlichen Interesse an der Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Eingewanderten im Allgemeinen und muslimischen Eingewanderten im Besonderen bei (siehe Hainmueller und Hopkins 2014 für einen Überblick). Während eine Reihe von Studien versucht hat, Einstellungen gegenüber Angehörigen muslimischen Glaubens zu erklären (z. B. Stolz 2006, Sniderman und Hagendoorn 2007, Strabac und Listhaug 2008, Saroglou et al. 2009, Kalkan et al. 2009, Van der Noll 2010), konzentrieren sich diese eher auf Theorien zur Erklärung von Ressentiments gegenüber Zugewanderten im Allgemeinen. Der vorliegende Beitrag geht einem spezifischeren Argument zum Verständnis der Ablehnung muslimischer Eingewanderter nach, indem er den religiös-kulturellen Charakter dieses politischen Konflikts hervorhebt (siehe auch Helbling 2012, Koopmans 2013, Helbling und Traunmüller 2016): Muslimische Eingewanderte werden nicht nur wegen ihrer nicht veränderbaren Eigenschaften abgelehnt, sondern auch wegen ihres religiösen Verhaltens, das für politische Maßnahmen anfälliger sein könnte. Der aktuelle politische Konflikt besteht nur zum Teil zwischen Angehörigen muslimischen Glaubens und denen des christlichen Glaubens sowie zwischen Zugewanderten und einheimischen Bürger*innen. Zum großen Teil ist er ein Konflikt zwischen politischem Liberalismus und religiösem Fundamentalismus. Damit wird hier auch ein Beitrag zur spärlichen Literatur über antireligiöse Gefühle geleistet, die sich bisher hauptsächlich auf Einstellungen gegenüber christlichen Fundamentalist*innen oder gegenüber Atheist*innen

in den USA konzentriert hat (z. B. Bolce und de Maio 1999a, 1999b, 2008, Gervais 2011, Gervais et al. 2011, Yancey 2010).

Islamophobe Einstellungen

In der Literatur wird als Haupterklärung für einwanderungsfeindliche Haltungen angeführt, dass Eingewanderte als eine Bedrohung für die Aufnahmegesellschaft wahrgenommen werden (Blalock 1967, Blumer 1958, Quillian 1995). Die wissenschaftliche Debatte dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob diese Bedrohung am besten im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Ressourcen oder kulturellen Identitäten zu verstehen ist, wobei die Tendenz zu Letzterem neigt (Hainmueller und Hiscox 2007, 2010, Hainmueller und Hopkins 2014, Sides und Citrin 2007, Tingley 2013). Während wirtschaftliche Bedenken die Befürchtungen über einen verstärkten Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und die Belastung der sozialen Sicherungssysteme umfassen (z. B. Scheve und Slauter 2001), geht es bei kulturellen Bedenken um Fragen der nationalen Identität, gemeinsamer Werte und des sozialen Zusammenhalts, die durch Zuwandernde bedroht sein könnten (z. B. Sniderman et al. 2004).

In jüngerer Zeit wurden spezifischere Argumente der „kulturellen Bedrohung“ entwickelt, um negative Einstellungen gegenüber muslimischen Eingewanderten in Europa zu erklären. Einige gehen davon aus, dass die kulturellen Überzeugungen von Angehörigen muslimischen Glaubens in Bezug auf Geschlechterrollen oder sexuelle Orientierungen nicht mit den liberalen und säkularen Lebensstilen in diesen Ländern vereinbar sind (z. B. Sniderman und Hagendoorn 2007, Saroglou et al. 2009, Van der Noll 2010, Helbling 2014, Adida et al. 2016). Andere argumentieren, dass der vermeint-

liche Säkularismus der europäischen liberalen Demokratie sowohl in Bezug auf die Spielregeln des öffentlichen Lebens als auch auf kollektive Identitäten überbewertet wurde (Helbling und Traunmüller 2016). Stattdessen stellen sie fest, dass der Grund, warum die muslimische Einwanderung die kollektiven Identitäten in den europäischen Aufnahmegesellschaften bedroht, gerade darin liege, dass letztere tief in der christlichen Tradition verwurzelt seien. Wenn das politische, soziale und kulturelle Leben einer Öffentlichkeit durch starke Bezüge zur religiösen Tradition definiert ist, stellen religiöse Minderheiten eine direkte „religiöse Bedrohung“ für diese kollektive Identität dar (Campbell 2006, Ben-Nun Bloom et al. 2013).

Auf diese oder jene Weise ist die Aufnahme muslimischer Eingewanderter in die europäischen Gesellschaften häufig mit der Änderung bestehender Regeln sowie dem Verlust langjähriger Traditionen, wertvoller Privilegien und vielleicht sogar alltäglicher Gewohnheiten verbunden. Viele Bürger*innen bevorzugen nicht nur den Status quo und fühlen sich mit Veränderungen unwohl, sondern sehen in muslimischen Neuankömmlingen auch eine Bedrohung für ihre Lebensweise und reagieren mit Feindseligkeit auf deren Praktiken und Forderungen. Natürlich können negative Reaktionen gegen die muslimische Gemeinschaft auch in der wahrgenommenen Sicherheitsbedrohung durch den islamischen Terrorismus begründet sein (Cesari 2004, Wike und Grim 2010).

Dieser Beitrag baut auf diesen Perspektiven auf und erweitert sie. Dabei soll die grundlegende Rolle der kulturellen Bedrohung für antimuslimische Einstellungen betont werden sowie die Tatsache, dass die Religiosität muslimischer Eingewanderter, d. h. ihre besonderen religiösen Vorstellungen, Praktiken und Ansprüche auf religiöse Rechte, die entschei-

denden Merkmale dieser besonderen Gruppe sind, die bei den Bürger*innen der Aufnahmegesellschaft das Gefühl der kulturellen Bedrohung auslösen. Die bestehenden Perspektiven der „kulturellen Bedrohung“ und der „religiösen Bedrohung“ werden dabei miteinander in Einklang gebracht, indem auf die Tatsache hingewiesen wird, dass muslimische Eingewanderte unterschiedliche Bedrohungen für verschiedene Teile der einheimischen Bevölkerung darstellen.

Die Rolle von Religiosität

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Abneigung der Bürger*innen gegenüber muslimischen Eingewanderten in erster Linie auf eine Abneigung gegen extreme, d. h. „fundamentalistische“ oder „radikale“ Formen der Religiosität zurückzuführen ist. Es ist offensichtlich, dass muslimische Eingewanderte nicht nur einen anderen ethnischen und religiösen Hintergrund haben, sondern auch religiöser sind und dass ihre Religiosität manchmal sehr traditionelle Formen annimmt. Mehrere Studien zeigen, dass muslimische Eingewanderte religiöser sind als der Durchschnitt der Bürger*innen in ihren Aufnahmegesellschaften (Diehl et al. 2009, Connor 2010). So stellt Koopmans (2015) bei der Untersuchung von sechs westeuropäischen Ländern fest, dass 44 Prozent der im Ausland geborenen und einheimischen muslimischen Eingewanderten fundamentalistische Einstellungen haben, während nur 4 Prozent der christlichen Einheimischen als fundamentalistisch bezeichnet werden können.

Außerdem werden Angehörige muslimischen Glaubens von den Bürger*innen oft als religiöser oder fundamentalistischer wahrgenommen und von den Medien als solche dargestellt. Fischer et al. (2007) zeigen, dass viele der Meinung

sind, Angehörige muslimischen Glaubens seien von Natur aus religiöser und identifizierten sich mehr mit ihrer Religion als Personen christlichen Glaubens. Pew Forum (2005) stellt fest, dass in der westlichen Öffentlichkeit die Angst vor islamischem Extremismus eng mit der Sorge um muslimische Minderheiten verbunden ist. Laut dieser Studie glauben 61 Prozent der Bevölkerung im Vereinigten Königreich, dass Angehörige muslimischen Glaubens sich von der Gesellschaft abgrenzen wollen, anstatt die Sitten und Lebensweise ihres Landes zu übernehmen. Weitere 63 Prozent sind der Meinung, dass die islamische Identität der im Vereinigten Königreich ansässigen Angehörigen muslimischen Glaubens immer stärker wird. Saeed (2007) kommt zum Schluss, dass diese im britischen öffentlichen Diskurs häufig mit Fundamentalismus in Verbindung gebracht werden. Nach Eid (2014: 102) stellen westliche Medien Angehörige muslimischen Glaubens als eine homogene Gemeinschaft dar, die in Fanatismus und Unterdrückung verwurzelt ist.

Traditionelle Religiosität und religiöser Fundamentalismus werden als Bedrohung angesehen, weil sie in ihrem Wesen ein Gegenprogramm zur Moderne darstellen (Marty und Appleby 1991, 1994). Während moderne Werte die individuelle Freiheit, die Gleichheit der Geschlechter und den politischen Säkularismus betonen (Inglehart und Baker 2000, Inglehart und Welzel 2005), die alle in der Vergangenheit religiösen Autoritäten abgerungen werden mussten, lehnt der Fundamentalismus diese kulturellen und politischen Manifestationen der Moderne ab. Fundamentalisten glauben, dass man zu den ewigen und unveränderlichen Regeln zurückkehren sollte, die in den heiligen Schriften niedergelegt sind, dass diese Regeln nur eine einzige Auslegung zulassen, die für alle verbindlich ist, und dass religiöse Regeln Vorrang vor weltlichen Gesetzen haben sollten (Koopmans 2015). In

dem Maße, in dem sich religiöse Anhänger*innen des Fundamentalismus nicht nur aus der allgemeinen Gesellschaft zurückziehen, sondern versuchen, diese aktiv nach ihren religiösen Vorstellungen zu gestalten, stellen sie eine erhebliche Herausforderung für die herrschende soziale und politische Ordnung dar.

Diese Rolle von Religiosität ist wichtig für das Verständnis von islamophoben Einstellungen. Muslimische Migrant*innen sind in der Öffentlichkeit mit einer doppelten Opposition konfrontiert, da sie in verschiedenen Teilen der Öffentlichkeit unterschiedliche Ängste und Abneigungen auslösen. Während konservative und politisch rechts orientierte Bürger*innen Eingewanderten und dem Islam im Allgemeinen kritischer gegenüberstehen, haben Angehörige muslimischen Glaubens eine positivere Einstellung zur traditionellen Religiosität. Liberale und politisch links orientierte Bürger*innen hingegen sind offen für Eingewanderte und Andersgläubige, stehen aber traditionell religiösen Werten eher kritisch gegenüber. Es ist die Auseinandersetzung „über Fragen des Lebensstils und der kulturellen Dominanz wie Abtreibung, Rechte von Homosexuellen, Geschlechterrollen und den Platz der Religion im öffentlichen Raum“, die die Liberalen den Fundamentalist*innen gegenüberstellt (Bolce und de Maio 1999b: 511 [Übersetzung]). Dies führt dazu, dass Bürger*innen muslimische Eingewanderte aus ganz unterschiedlichen Gründen ablehnen.

Es gibt Untersuchungen, die die Behauptung stützen, dass Liberale eine allgemeine Abneigung gegen fundamentalistische oder extreme Formen der Religiosität haben. Yancey (2010: 165) stellt fest, dass Faktoren, die eine positive Einstellung gegenüber Randgruppen erklären – wie Bildung oder politische Ideologie – entgegengesetzte Auswirkungen auf die Einstellung gegenüber christlichem Fundamentalismus ha-

ben: „Die Merkmale, die die Akzeptanz nicht-traditioneller religiöser Gruppen vorhersagen, sind umgekehrt korreliert mit der Ablehnung von Anhängenden des Fundamentalismus.“ (Übersetzung) Bolce und de Maio (1999a) kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und zeigen, dass antifundamentalistische Einstellungen besonders unter hochgebildeten und säkularen Personen verbreitet sind. Dies bestätigt die Studie von Hyers und Hyers (2008), die zeigen, dass sich christliche Fundamentalist*innen an säkularen Universitäten diskriminiert fühlen. Laut Yancey (2010: 161–162) werden Fundamentalist*innen als Gefahr für die Entwicklung progressiver Werte angesehen. Sie werden als konservativ, intolerant und kulturell rückständig betrachtet. Es bleibt jedoch offen, ob es sich bei diesen Ressentiments selbst um kulturelle oder religiöse Vorurteile handelt oder um den Versuch, demokratische, pluralistische Werte zu verteidigen (Bolce und de Maio 1999a: 55, siehe auch Jackson und Hundsberger 1999: 520). Höchstwahrscheinlich spielen beide Aspekte eine Rolle.

In Bezug auf die traditionelle muslimische Religiosität zeigt Helbling (2014), dass Menschen mit liberalen Werten zwar eine positivere Einstellung zu Angehörigen muslimischen Glaubens haben als Menschen mit konservativen Werten, dieser Effekt aber verschwindet, wenn es um die Akzeptanz des muslimischen Kopftuchs geht (siehe auch Helbling 2010). In ähnlicher Weise ist in mehreren Ländern die Unterstützung für ein Verbot der islamischen Vollverschleierung gleichmäßig über Personen mit unterschiedlicher Bildung und unterschiedlichen politischen Ideologien verteilt und in Gruppen mit hohem Einkommen sogar noch größer (Pew 2010). Das Kopftuch kann als religiöses Symbol wahrgenommen und daher aufgrund von antireligiösen Gefühlen oder der Ablehnung traditioneller Formen der Religiosität zu-

rückgewiesen werden. Es wird auch oft als Symbol für die Ungleichheit der Geschlechter und die Unterdrückung von Frauen gesehen. Sniderman und Hagendoorn (2007: 32–36) zeigen, dass die Rolle der Frau und der allgemeine Mangel an Selbstbestimmung in traditionellen muslimischen Gesellschaften ein häufiger Kritikpunkt von Liberalen am Islam ist.

Zusammenfassend und angesichts früherer Untersuchungen erwarten wir, dass Menschen mit liberalen Werten im Allgemeinen eine positivere Einstellung gegenüber Eingewanderten haben als Konservative, unabhängig von ihrem kulturell-religiösen Hintergrund. Wenn es sich jedoch um religiöse oder sogar radikale Personen mit Migrationshintergrund handelt (unabhängig davon, ob es sich um Personen christlichen oder muslimischen Glaubens handelt), verschwindet diese positive Einstellung, und die Sorge über den Verlust liberaler Werte übertrumpft die allgemeine Toleranz.

Die traditionelle Religiosität der muslimischen Eingewanderten kann nicht nur die „Intoleranz der Toleranten“ auflösen, sondern auch die „Toleranz der Intoleranten“ offenbaren. Religiöse Menschen sind in der Regel eher konservativ und Fundamentalist*innen eher rechtsautoritär (Hall et al. 2010: 127, Norris und Inglehart 2004: 196–212, Altemeyer und Hunsberger 2005: 391). Ob Religiosität zu negativen oder positiven Einstellungen gegenüber Randgruppen führt, ist seit langem umstritten (Allport 1979, Ben-Nun Bloom et al. 2015). Neuere empirische Studien legen nahe, dass Agnostizismus zu mehr Toleranz führt (Hunsberger und Jackson 2005) und dass Religiosität zu negativeren Einstellungen gegenüber Migrant*innen und mehr Ethnozentrismus führt (Hall et al. 2010: 127). Andere zeigen, dass Religiosität nicht zu gruppenbezogener Feindseligkeit führt, wenn man fundamentalistische Ideen steuert (Kirkpatrick et al. 1991). Es scheint also, dass vor allem der Fundamentalismus mit Vorurteilen gegenüber

anderen Minderheiten, unter anderem ethnischen und rassistischen Minderheiten, zusammenhängt (Altemeyer 2003, Laythe et al. 2002, Altemeyer und Hunsberger 1992).

Wenn Liberale jedoch Religiosität ablehnen, ist es plausibel anzunehmen, dass religiöse Einheimische sich gegenüber religiösen Eingewanderten solidarisch zeigen, da auch sie eine Randgruppe in säkularen und liberalen Gesellschaften darstellen (Fetzer 2000: 6). Dies lässt erwarten, dass religiöse Einheimische ihre negative Einstellung gegenüber Eingewanderten im Allgemeinen verringern, wenn diese Eingewanderten selbst religiös sind. Aufgrund früherer Untersuchungen kann erwartet werden, dass sie Migrant*innen im Allgemeinen mehr ablehnen als nicht religiöse Menschen, da sie konservativer sind. Es kann jedoch erwartet werden, dass diese negativen Einstellungen abnehmen, wenn es sich um religiöse Migrant*innen handelt, da Religiosität als gemeinsames Identitätsmerkmal in einer säkularen westlichen Gesellschaft angesehen wird.

Das erste Umfrageexperiment

Um das Argument zur Rolle der Religiosität bei der Einstellung gegenüber muslimischen Zugewanderten zu testen, wurde ein Online-Umfrageexperiment durchgeführt, bei dem die Befragten ihre Einstellungen gegenüber zufällig zugewiesenen Gruppen angeben sollten. Das experimentelle Design basierte auf einer faktoriellen Analyse (Auspurg und Hinz 2015), die den Status der eingewanderten Person einer fiktiven Gruppe (Eingewanderte aus Bulgarien oder Nigeria oder gebürtige Personen aus Großbritannien), ihre Religionszugehörigkeit (muslimisch oder christlich) und ihren Grad an Religiosität (nicht praktizierend, religiös oder radikal) manipulierte. Die Vignet-

tenstudie war Teil einer größeren repräsentativen Panel-Umfrage im Vereinigten Königreich unter fast 4.500 Befragten, die im Juni 2015 von YouGov durchgeführt wurde.³ Wir haben nur Befragte, die sich als weiße Brit*innen identifizieren, in unsere Analysen einbezogen. Diese Gruppe macht 90 Prozent der Stichprobe aus. Von dieser Gruppe gaben nur 53 Personen an, nicht christlich zu sein, und 5 Personen gaben an, dass ihre Religion der Islam ist.

Alle Befragten erhielten einen Text mit folgendem Wortlaut (die hervorgehobenen Teile wurden von den Fragenden nach dem Zufallsprinzip variiert): *„Wir würden nun gerne Ihre Meinung zu einigen Gruppen hören, die derzeit im sozialen und politischen Leben Großbritanniens aktiv sind. Stellen Sie sich eine Gruppe von Eingewanderten aus Nigeria vor, die gläubige Angehörige muslimischen Glaubens sind, die regelmäßig in die Moschee gehen und regelmäßig zu Hause beten. Die Mitglieder dieser Gruppe wollen öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen für eine bessere Anerkennung ihrer Interessen in Großbritannien abhalten.“*

Die Studie wurde auf Angehörige muslimischen Glaubens und christliche Personen beschränkt, da erstere eine wichtige

3 90 Prozent der Befragungen wurden zwischen dem 4. und 17. Juni 2015 durchgeführt. YouGov verwendet ein Panel von über 360.000 britischen Erwachsenen. Es wählt eine Teilstichprobe des Panels aus, die in Bezug auf Alter, Geschlecht, soziale Klasse, Region, Parteiidentifikation und Zeitungsleserschaft repräsentativ für die allgemeine britische Bevölkerung ist. Die Daten werden anhand der Volkszählung, der nationalen Leserschaftsumfrage und YouGov-Schätzungen einer Analyse von mehr als 80.000 Antworten auf Fragen zur Parteiidentifikation im Rahmen einer YouGov-Umfrage bei den Parlamentswahlen 2010 gewichtet. Ausgewählte Panelisten werden per E-Mail eingeladen, eine Website zu besuchen, auf der sie die Umfrage beantworten und eine kleine Geldprämie erhalten können.

und kontroverse Gruppe von eingewanderten Personen in Großbritannien (und den meisten westeuropäischen Ländern) darstellen und letztere die traditionelle Mehrheitsreligion in Großbritannien repräsentieren. Es wurden Personen mit Migrationshintergrund entweder als aus Bulgarien oder aus Nigeria stammend beschrieben, da in diesen Ländern sowohl Angehörige muslimischen Glaubens als auch Personen christlichen Glaubens leben, um die Schilderungen realistisch zu gestalten (dies würde zum Beispiel Länder wie Pakistan ausschließen). In Nigeria machen die Angehörigen muslimischen Glaubens etwa 40 Prozent und in Bulgarien 10 Prozent der Bevölkerung aus. Außerdem stellen beide Nationalitäten wichtige Migrantengruppen in Großbritannien dar. Umstrittenere Gruppen von eingewanderten Personen wie solche aus arabischen Ländern, die oft mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden, wurden nicht einbezogen, da die Befragten bereits sehr starke Meinungen haben könnten und die Auswirkungen einer wahrgenommenen oder tatsächlichen Sicherheitsbedrohung nicht Teil der Studie sind. Syrer*innen wurden nicht einbezogen, da sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung, die einige Monate vor der großen Flüchtlingskrise stattfand, keine wichtige Gruppe von eingewanderten Personen (oder Asylbewerber*innen) in Großbritannien darstellten.

Aufgrund der kolonialen Vergangenheit des Landes gab es im letzten halben Jahrzehnt große Migrationströme aus Nigeria nach Großbritannien. Während die bulgarische Gemeinschaft in Großbritannien lange Zeit eher klein war, haben die EU-Erweiterungen Mitte der 2000er Jahre zu einer verstärkten Zuwanderung aus Osteuropa, unter anderem aus Bulgarien, geführt. Die Unterscheidung zwischen bulgarischen und nigerianischen Migrant*innen ermöglicht es auch, die kulturelle Distanz der Gruppen zu variieren und zwischen EU- und Nicht-EU-Migrant*innen zu unterscheiden.

